Sehr geehrte Damen und Herren,

eine der Besonderheiten der Untersuchungshaftanstalt II in der Keibelstraße war und ist ohne Zweifel ihre Lage: Im Zentrum von Ost-Berlin, am Alexanderplatz, gelegen, war sie immer mittendrin im Geschehen – und doch auf merkwürdige Weise der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Einen Steinwurf entfernt drängelten sich zu DDR-Zeiten täglich Zehntausende Menschen, stiegen in U-, S- oder Straßenbahnen, erledigten ihre Einkäufe, bummelten durch die Geschäfte oder nutzten die vielfältigen gastronomischen Angebote. Mehr noch: Es gab auch im Gebäude selbst regen Besucherverkehr.
Denn dort befand sich nicht nur das Polizeipräsidium, sondern eben auch eine ganz „normale“ Dienststelle der Volkspolizei. Gehörte man zum Einzugsgebiet, erhielt man hier seinen Ausweis oder andere amtliche Dokumente. Auch ich hatte zu DDR-Zeiten aus genau diesem Grund das zweifelhafte Vergnügen, dieses Gebäude besuchen zu müssen.

Vor diesem Hintergrund sollte man doch annehmen, dass das Polizeipräsidium und mit ihm die Untersuchungshaftanstalt fest ins kollektive Gedächtnis der Stadt eingeprägt und damit öffentlich präsent sind. Davon aber kann nicht die Rede sein. Liegt das nun daran, dass der Gebäudekomplex als Repräsentation von Macht und Repression schon zu DDR-Zeiten aus der breiten Wahrnehmung verschwand und so zu einem *Nicht*-Ort wurde? Das könnte man zunächst annehmen, denn jeder halbwegs vernünftige Mensch sah zu, dass er mit solchen Dingen möglichst wenig zu tun bekam.
Aber wie so oft täuscht der erste Eindruck. Der Bevölkerung Ost-Berlins war die Keibelstraße durchaus ein Begriff, wie sich immer wieder zeigte. Nicht zufällig strebten die Protestierenden während des Volksaufstandes 1953 schon am 16. Juni dort hin, verlangten die Freilassung der Gefangenen und forderten so die SED-Diktatur heraus. Und auch 1989 gerieten die Keibelstraße, das Polizeipräsidium und die Haftanstalt wieder in den Fokus, als es darum ging, sich gegen das politische System aufzulehnen: Am 21. Oktober bildete sich eine zwei Kilometer lange Menschenkette „Gegen Gewalt“, die vom Palast der Republik genau bis dorthin reichte. Auch hierbei ging es den Demonstrierenden um die Entlassung politischer Häftlinge und zudem um die Aufklärung der gewalttätigen Übergriffe der Sicherheitskräfte am 7. und 8. Oktober 1989.

Wir sehen also einen eklatanten Widerspruch: Der Komplex liegt zentral.
In historischen Ausnahmesituationen war er zentraler Anlaufpunkt. Und doch fehlt ihm heute die öffentliche Präsenz.

Die Keibelstraße spielte immer wieder eine wichtige Rolle in der Zeitgeschichte Berlins. Sie wurde aber nur punktuell wahrgenommen. Das gilt für den gesamten Komplex, vor allem aber für die Untersuchungshaftanstalt. Insofern begrüße ich es ausdrücklich, dass nun weitere Schritte unternommen werden, dieses Missverhältnis aufzulösen. Der konsequente Ausbau des ehemaligen Polizeigefängnisses zu einem Erinnerungs- und Lernort ist längst überfällig. Wenn wir das Unrecht der SED-Diktatur vermitteln wollen, wenn wir dabei Gehör finden wollen und wenn wir dabei *natürlich* Gegenwartsbezüge herstellen wollen, dann braucht es dringend solche Orte. Daher freue ich mich, dass wir uns heute für weiterführende Gedanken in diese Richtung zusammengefunden haben. Ich wünsche allen Beteiligten – allen voran der federführenden Gedenkstätte Hohenschönhausen – viel Erfolg für die nächsten Schritte.

Vielen Dank!